

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Donnerstag, dem 19. September 2013, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin		Elisabeth	BÖHM
Stadträtin		Monika	RUPP
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI	Thomas	HALBRITTER
Stadtrat		Roman	SCHEUER
Stadträtin		Isabell	LICHTENBERGER
Gemeinderat		Stefan	KAST, BA
Gemeinderat	Ing.	Viktor	HORVATH
Gemeinderätin		Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing.	Günter	KOLAR
Gemeinderätin		Birgit	PECK
Gemeinderätin		Judith	FRANK-UNGER
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Mag.	Heinz	ZITZ
Gemeinderat		Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Mag. ^a	Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat		Franz	SCHNEIDER
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat		Johannes	DEPAULY
Gemeinderätin	Mag. ^a	Alexandra	FISCHBACH (ab 19.30 Uhr)
Gemeinderat	Ing.	Johann	LINHART
Gemeinderat	DI	Gottfried	HAIDER

Stadtkassier		Hermann	KEGLOVITS
		Silvia	GRADWOHL

Abwesend und entschuldigt:

Gemeinderätin		Ingeborg	BERGER
Gemeinderat	Ing.	Hermann	MICHLITS
Schriftführer		Franz	RENGHOFER

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Birgit Peck und Karl Panner bestimmt. Vor Eingang in die Tagesordnung wird TOP 11) Berufung – Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses mit Tankstellen- und Barbetrieb (Sky Bistro) sowie Abbruch des Bestandsobjektes von der Tagesordnung abgesetzt. An dieser Stelle wird über Antrag der GRÜNEN als „TOP 11) Elektronische Amtstafel“ einstimmig auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Bürgermeister ersucht die Gemeinderäte um Genehmigung der Niederschriften der Gemeinderatssitzung vom 28.06.2013.

Der Gemeinderat nimmt die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 28.06.2013 einstimmig zur Kenntnis.

T A G E S O R D N U N G

Punkt 1)

1. Nachtragsvoranschlag 2013

Bürgermeister Lentsch ersucht Stadtkassier Keglovits um dessen Bericht zum 1. Nachtragsvoranschlag 2013.

Der 1. Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2013 war gemäß § 61, Abs.1 der Gemeindeordnung LGBL.Nr.37/1965 i.d.g.F., durch zwei Wochen, das war in der Zeit vom **02.09.2013 bis 19.09.2013**, im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme öffentlich aufgelegt.

Die Auflegung war durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht. Zu dem 1. Nachtragsvoranschlag 2013 sind keine Erinnerungen eingebracht worden.

Die Mehreinnahmen/ausgaben des **ordentlichen** Nachtragsvoranschlages betragen € **8.300,00** und die des **außerordentlichen** Nachtragsvoranschlages € **2.332.700,00**. Somit ergeben sich für das Jahr 2013 **Gesamteinnahmen/ausgaben** im ordentlichen Haushalt von € **12.804.600,--** und im außerordentlichen Haushalt von € **2.532.700,--**.

Der Nachtragsvoranschlag dient vor allem dazu, um Überschüsse und Abgänge des abgelaufenen Jahres, welche zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 2013 noch nicht bekannt waren, zu budgetieren und Änderungen oder Nachträge für das Jahr 2013 zu veranschlagen.

In unserem 1. Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2013 wurden sowohl im ordentlichen wie auch im außerordentlichen Haushalt lediglich die Überschüsse und Abgänge des abgelaufenen Jahres budgetiert. Den Überschuss im ordentlichen Haushalt in der Höhe von € 8.320,32 haben wir dazu verwendet, um damit die Mehrausgaben bei der VA-Stelle 1/163-617 Instandhaltung von Fahrzeugen abzudecken.

Im außerordentlichen Haushalt haben wir bei den einzelnen Vorhaben die Überschüsse und Abgänge abgewickelt, sowie bei den Kanalbauabschnitten 25 und 26, welche noch heuer abgeschlossen werden, die restlichen Baukosten veranschlagt. Für den Bauabschnitt 25 sind dies € 226.900,00 und für den Bauabschnitt 26 € 293.500,00. Beide Investitionen werden mit den im Gemeinderat vom 30.06.2011 beschlossenen Darlehen (BA 25 – € 850.000,00 und BA 26 – € 500.000,00) finanziert. Soweit zum 1. Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2013.

Nach dem Workshop mit der Firma BFP am 01.10.2013 werden wir dann in der nächsten Gemeinderatssitzung, gemeinsam mit dem Voranschlag 2014, welcher aufbauend auf den dann bereits feststehenden Konsolidierungsbedarf erstellt wird, den 2. Nachtragsvoranschlag – indem dann die Über- bzw. Unterschreitungen auf den einzelnen VA-Stellen budgetiert werden – beschließen.

Der Bericht des Kassiers ist vollinhaltlich in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift. Gemeinderat Zitz meldet sich zu Wort und erklärt, dass er 2 Abweichungen zum Voranschlag 2013 festgestellt hat, welche für ihn nicht nachvollziehbar sind, da die Beträge übereinstimmen müssen. Es handelt sich dabei um einen Betrag von € 30.000,-- in der Hauptverwaltung und € 5.000,-- bei der VA - Post Jugend, wo sich der ursprünglich veranschlagte Posten genau um diesen Betrag auf € 19.000,-- erhöht hat, er zweifelt daher die ordnungsgemäße Erstellung des Nachtragsvoranschlages an.

Dazu erklärt der Kassier, dass es sich zum einen genau um jenen Betrag handelt, den die SPÖ als zusätzliche Jugendförderung für den Verein NEZWERK beantragte und welcher auch einstimmig zusätzlich aufgenommen wurde. Nachdem es im Augenblick zu keiner exakten Klärung dieser Frage kommt, beantragt Vizebürgermeisterin Böhm eine kurze Unterbrechung der Sitzung zwecks interner Beratung. Die Sitzung wird daraufhin vom Vorsitzenden für die Dauer von 5 Minuten unterbrochen. Nach dieser Unterbrechung wird die Sitzung wieder aufgenommen und Stadtkassier Keglovits legt den vom Land genehmigten VA 2013 vor. Er erklärt, dass der erste Voranschlag in seiner vorgelegten Form im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden hat. Daraufhin fanden weitere Gespräche der Gemeinderatsparteien statt und es wurde der Budgetansatz für die Sanierung der Volksschule Am Tabor von € 1.000,-- im Ordentlichen Haushalt auf € 200.000,-- im Außerordentlichen Haushalt erhöht. Daraufhin werden vom Stadtkassier die weiteren nachträglichen Änderungen in der Höhe von € 40.000,-- an diversen VA-Stellen des Voranschlages 2013 verlesen, welcher daraufhin damals vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei den Unterlagen zum VA 2013 von GR Zitz um jene handelt, welche vom Gemeinderat nicht genehmigt wurden. Die von GR Zitz erwähnten Differenzbeträge sind genau jene, welche im Voranschlag 2013 vom Gemeinderat einstimmig genehmigt wurden. Nach dieser Klärung wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch der einstimmige Beschluss gefasst, den 1. Nachtragsvoranschlag 2013 mit nachstehenden Ergebnissen zu genehmigen:

Mehreinnahmen/ausgaben des **ordentlichen** Nachtragsvoranschlages:

€ 8.300,00 Euro und die des **außerordentlichen** Nachtragsvoranschlages **€ 2.332.700,00 Euro**. Somit ergeben sich für das Jahr 2013 **Gesamteinnahmen/Ausgaben** im ordentlichen Haushalt von **€ 12.804.600,--** und im außerordentlichen Haushalt von **€ 2.532.700,--**.

Bei der Abstimmung waren die Mitglieder des Gemeinderates mit Ausnahme von Mag.^a Alexandra Fischbach im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämnn-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 2)

Resolution – Hallenbad Neusiedl am See, finanzielle Unterstützung des Landes Burgenland

Bürgermeister Lentsch verliest die Resolution, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift ist. Nach der Verlesung betont er, dass das Land Burgenland in den letzten Jahren mehr als € 100 Millionen in die Thermen investiert hat. Dass ein Hallenbad nicht Gewinn bringend sein kann, ist allseits bekannt, aber das Hallenbad in Neusiedl am See ist für die ganze Region sowohl für Urlaubsgäste als für Schulen ein wesentlicher Faktor ist. Dass die Gemeinde den größten Teil der anfallenden Kosten allein tragen muss, ist nicht einzusehen und daher hofft er, dass das Land dem Ansinnen der Gemeinde zur Gewährung eines Zuschusses positiv gegenübersteht. Der Antrag zur Verabschiedung dieser Resolution wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch einstimmig angenommen.

RESOLUTION

Erhalt des Hallenbades Neusiedl am See

Ansuchen um finanzielle Unterstützung durch das Land Burgenland

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Neusiedl am See beschließt in seiner Sitzung vom 19. September 2013 folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Stadtgemeinde Neusiedl am See ersucht das Land Burgenland um einen jährlichen Zuschuss zum Erhalt des Hallenbades Neusiedl am See.

Das Neusiedler Hallenbad wurde im Jahr 1977 von der Stadtgemeinde Neusiedl am See erbaut. Für die Errichtung konnte ein einmaliger Zuschuss des Bundes in der Höhe von 1,9 Million Schilling (1976-1978) lukriert werden. Ansonsten wurden die Gesamtkosten alleinig von der Stadtgemeinde getragen.

Im Hallenbad Neusiedl am See werden seit dessen Eröffnung Schwimmkurse von Schulen des ganzen Bezirkes abgehalten. Seit über 30 Jahren also lernen Kinder des Bezirkes Neusiedl am See das Schwimmen in unserem Hallenbad. Als einziges Hallenbad im Bezirk deckt es den gesamten regionalen Bedarf ab. Viele Vereine und Institutionen nutzen das Neusiedler Hallenbad als Trainingsort. Das Saunadorf hat mittlerweile sozialpolitisch einen hohen Stellenwert und sich als Treffpunkt etabliert. Das Neusiedler Hallenbad ist von regionaler, überregionaler und touristischer Bedeutung. Dies lässt sich mit den Daten der Kundenfrequenzanalyse deutlich nachweisen.

Die Stadtgemeinde Neusiedl am See finanziert diese zentralörtliche Einrichtung seit ihrer Eröffnung aus dem eigenen Budget, obwohl nur rund 35 % der KundInnen aus Neusiedl am See kommen. 20 % der KundInnen kommen aus anderen Gemeinden des Seewinkels. 30 Prozent der KundInnen sind aus Niederösterreich.

Seit der Errichtung des Bades waren eine große Sanierung (1994) und jährlich viele kleinere Sanierungen notwendig. Die nächste große Sanierung (Energieeffizienz, technische Anlagen, Gebäudesanierung) steht bereits an. Leider sind die Betriebsergebnisse im Kerngeschäft nachhaltig negativ.

Seit dem Jahr 2010 wurden bereits Umstrukturierungen und Maßnahmen zur Umsatzsteigerung unternommen. Auch im besten Fall ist weiterhin mit einem jährlichen Abgang von rund € 600.000,00 (lt. Studie des KDZ) zu rechnen.

Wie in letzter Zeit vermehrt aus den Medien zu entnehmen ist, unterstützt das Land Burgenland in unserem Bezirk die Errichtung/Betrieb/Ausbau der St. Martins Therme mit hohen Beiträgen. Im gesamten Bundesland werden Bäder (Thermen) seitens des Landes unterstützt.

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Neusiedl am See ersucht auf diesem Wege um finanzielle Unterstützung des Landes Burgenland zur Erhaltung/Weiterführung und Sanierung des Hallenbades Neusiedl am See.

Neusiedl am See, 19. September 2013

Für den Gemeinderat
Der Bürgermeister:

2. LT-Präs. Kurt Lentsch

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 3)**Erbringung Sicherstellung – Bodenaushubdeponie**

Stadtrat Halbritter weist darauf hin, dass die Deponie viele Jahre eine Baurestmassendeponie war und seit einigen Jahren eine Bodenaushubdeponie ist. Dazu war auch eine entsprechende Widmung notwendig. Das Land Burgenland verlangt eine Sicherstellung von den Gemeinden. GR Linhart fragt an, warum die Gemeinde diese Sicherstellung bieten muss. Der Grund dafür liegt darin, dass bei privaten Betreibern die Gefahr einer Insolvenz besteht und daher eine entsprechende Sicherstellung gewährleistet sein muss. Dass diese Sicherstellung auch von Gemeinden verlangt wird, versteht er nicht ganz. Diese wird aber vom Land verlangt. Das bedeutet so viel wie dass die Gemeinde eine Haftung für sich selbst übernehmen muss. Die Anfrage von GR Zitz, wer eigentlich Betreiber der Deponie ist, wird vom Bürgermeister damit beantwortet, dass es eigentlich die Gemeinde selbst ist. In der Vereinbarung mit dem UDB ist festgehalten, dass die Deponie nur von den Firmen Pöck und Böhm geführt wird. GR Kast ergänzt, dass der UDB – Umweltdienst Burgenland – eine Tochter des Bgld. Müllverbandes ist, welcher wiederum zu großen Teilen den Gemeinden gehört. Der Betrag dafür lag bisher bei € 50.870,-- und wurde im Vorjahr auf € 71.510,-- erhöht. Die Anfrage von Vizebürgermeisterin Böhm, warum diese Entscheidung so spät fällt, wird vom Bürgermeister dahin gehend beantwortet, dass die Gemeinde juristisch abklären wollte, ob die Notwendigkeit der Haftung durch die Gemeinde tatsächlich gegeben ist. Stadtrat Scheuer kritisiert, dass die SPÖ erst bei einer Sitzung mit Tatsachen konfrontiert wird und dann trotzdem mitentscheiden soll. Er fände eine frühere Information notwendig und diese würde auch zu einer besseren Zusammenarbeit beitragen. Eine weitere Frage richtet sich danach, warum diese Aktion mit der Sparkasse laufen müsse. Bürgermeister Lentsch beantwortet diese Frage damit, dass auch die bisherige Sicherstellung über diese Bank gelaufen ist und daher auch für den Neuabschluss die gleichen Konditionen gelten würden, wobei bisher jedoch nichts von der Gemeinde bezahlt wurde. Während der letzten 18 Jahre wurden der Gemeinde keine Kosten verrechnet. Die Verzinsung ist neu mit einem Fixzinssatz von 1 % festgelegt. Der Antrag von Stadtrat Halbritter auf Erbringung einer Sicherstellung in der Höhe von € 71.510,-- für die Bodenaushubdeponie wird einstimmig genehmigt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 4)**Bauvorhaben Neue Eisenstädter Siedlungsgenossenschaft – Abtretung ins Öffentliche Gut – ehemaliges Kasernengelände**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt Bürgermeister Lentsch, dass die Neue Eisenstädter Siedlung bereits größere Grundstücksflächen erworben und auch parzelliert und verbaut hat. Durch den vorliegenden Teilungsplan mit der GZ. 5275/10 des ZT DI Johann Horvath aus Neusiedl am See und den Abtretungsvertrag des RA Dr. Peter Hajek, welche beide in Abschrift einen integrierten Bestandteil dieser Verhandlungsschrift bilden, soll es zur kostenlosen und unentgeltlichen Abtretung von im Plan ausgewiesenen Trennflächen ins Öffentliche Gut zur Errichtung bzw. Erweiterung von Straßen und Wegen im gegenständlichen Bereich kommen.

Der gleich lautende Antrag von GR Kolar wird vom Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss genehmigt.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 5)

Anbot – 8. Digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes

Bürgermeister Lentsch weist auf das vorliegende Anbot des Stadtplaners DI Schönbeck hin, welches einen Nettobetrag von € 9.240,-- ausweist. Er ersucht Gemeinderätin Unger-Frank um einen Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt. Diese führt aus, dass etwa die Hälfte nämlich € 4.552,-- auf Privatbeteiligte umzulegen ist und daher die Positionen 1, 2, 4 und 5 weiter zu verrechnen sein werden. Die Anfrage von GR Fischbach, wie es sich verhält, wenn Änderungsfälle von Privaten negativ beurteilt werden, beantwortet der Bürgermeister damit, dass die privaten Antragsteller sowohl für die Kosten als auch das Projekt selbst auf eigene Kosten und Risiko agieren. Die Gemeinde selbst übernimmt lediglich für Punkte, die im Öffentlichen Interesse liegen, Kosten und Verantwortung. GR Zitz fragt an, ob alle diese Änderungen sinnvoll seien oder ob nicht bestehende Wege ausreichen würden. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass es sich vor allem bei der Csarda um ein seit längerem bestehendes Provisorium handelt, welches aber nicht mehr ausreichend ist. Vizebürgermeisterin Böhm ersucht neuerlich um kurze Unterbrechung der Sitzung. Nach dieser etwa 5 minütigen Unterbrechung der Antrag von Gemeinderätin Unger-Frank einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 6)

Änderungen der Darlehenskonditionen bei der Raiffeisenlandesbank Burgenland

Über Antrag von GR Horvath wird der einstimmige Beschluss gefasst, der Änderung der Darlehenskonditionen (Aufschlag) für 2 Kanalbaudarlehen für die Bauabschnitte 21 und 24 von bisher 0,08 auf 0,90 bzw. von 0,48 auf ebenfalls 0,90 anzunehmen. Das Anbot der Raiffeisenlandesbank ist in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 7)**Neue Straßenbezeichnung**

Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass es in Neusiedl am See und vor allem im Bereich der Kellergasse sehr viele Wohnungen gibt, die bei der Gemeinde eigentlich nicht aufscheinen bzw. registriert sind. Um Verwirrung oder Verwechslungen vermeiden zu können, soll daher eine differenzierte Straßenbezeichnung Erleichterung schaffen. Über Antrag von GR Hitzinger wird daher der einstimmige Beschluss gefasst, den Bereich zwischen dem Juhasz – Hochhaus und dem Weinwerk – Haus Im Puls als UNTERE KELLERGASSE zu bezeichnen. Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 8)**Ansuchen um Ankauf eines geförderten Bauplatzes durch Herrn Walter Haider**

Wie Stadträtin Rupp in ihren Ausführungen betont, erfüllt der Antragsteller alle erforderlichen Kriterien und es steht daher einer Zustimmung auf Zuteilung des Bauplatzes mit der Grundstücksnummer 527/282 nichts mehr im Wege. Über Antrag von Stadträtin Rupp wird der einstimmige Beschluss gefasst, Herrn Walter Haider, derzeit wohnhaft in 7100 Neusiedl am See, Reitschachersiedlung 38, den oben bezeichneten geförderten Bauplatz zuzuweisen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 9)**Sanierung Volksschule Amt Tabor – Auftragsvergabe zur Ausarbeitung einer Projektstudie**

Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass im Zuge der seinerzeitigen gemeinsamen Begehung in der Schule Architekt Hans Peter Halbritter ersucht wurde, anhand der vorliegenden Pläne und der im Zuge dieser Begehung aufgenommenen Punkte eine Projektstudie auszuarbeiten. Nach Erfüllung dieser Aufgabe legte er ein Honoraranbot gemeinsam mit der Firma für Heizung – Lüftung – Sanitär. Diese Firma wurde bereits bei der Vorstandssitzung beauftragt. Aus ihm selbst unerklärlichen Gründen wurde damals verabsäumt, auch das Anbot des Architekten zu behandeln und es ist nur Formsache, das bei der heutigen Sitzung nachzuholen. Diese Vorgangsweise wurde einvernehmlich bei der Begehung festgelegt. Es liegt ja bereits ein ausgearbeitetes Konzept mit den zu erwartenden Zahlen vor. Wenn alles, was in diesem Papier steht, umgesetzt werden soll, werden sicher ca. € 3,5 Millionen erforderlich sein. Gemeinderätin Fischbach weist im Zusammenhang auf die erwähnte Begehung darauf hin, dass es zu überlegen ist, was wir wollen und was wir überhaupt leisten können. Bürgermeister Lentsch entgegnet, dass wir jetzt noch nicht sagen können, welche Kosten anfallen werden, da wir ja auch nicht wissen, welche Maßnahmen letztendlich

ergriffen werden. Bei der Besprechung am 1. Oktober soll es zu einer endgültigen Klärung kommen, was dringend notwendig ist, welchen finanziellen Spielraum wir haben. Vizebürgermeisterin Böhm schließt sich der Meinung von GR Fischbach vollinhaltlich an und weist darauf hin, dass nach ihrer Meinung nicht besprochen wurde, dass alle Leistungen vom Architekturbüro Halbritter erbracht werden. Stadtrat Scheuer fragt an, seit wann ein Kostenvoranschlag kostenpflichtig ist und warum immer nur das Büro Halbritter mit Aufträgen betraut wird. Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass es sich hier um keinen Kostenvoranschlag, sondern um eine Bestandsaufnahme der erforderlichen Maßnahmen, welche im Zuge der seinerzeitigen Begehung von Lehrern, Eltern, den Behörden selbst und auch von der Gemeinde aufgelistet wurden. Die Vizebürgermeisterin behauptet weiters, dass weder im Stadtrat noch bei sonst einer Besprechung vereinbart wurde, dass Hans Peter Halbritter beauftragt wird. Daher ist dieser Schritt für sie überraschend. Dazu meldet sich Stadtrat Halbritter zu Wort und verweist auf die Gespräche, die gemeinsam geführt wurden und bei denen es sehr wohl klar definiert wurde, dass dieses Architekturbüro die Planungs- bzw. Berechnungs- und Erhebungsarbeiten durchführen soll. Damals hat es aber von keiner Seite auch nur die geringsten Einwendungen oder Kritiken gegeben und daher hat das Büro Halbritter nach Rücksprache mit Eltern, Lehrern und Direktorin zu arbeiten begonnen. GR Zitz weist auf die Vorgangsweise bei Bundesschulen hin, wo es immer zu Architektenwettbewerben kommt und danach zu kommissionellen Entscheidungen. Hier scheint es so, dass heute ein Anbot für Leistungen genehmigt werden soll, wo schon irgendjemand einen Auftrag erteilt haben muss, sonst wären nicht auch schon Leistungen erbracht worden. Dazu bemerkt Bürgermeister Lentsch, dass es bei Planern immer zu Vorleistungen kommt. GR Kast weist darauf hin, dass es der Zustimmung des Gemeinderates bedarf und daher auch ein gewisses Risiko des zukünftigen Auftragnehmers gegeben ist. GR Fischbach ist vieles unerklärlich und daher sollte der Workshop am 1. Oktober abgewartet werden und nach dessen Ergebnis über welche Maßnahmen auch immer beraten werden. Wir wissen nicht, was wir uns überhaupt leisten können und welche Kosten dann tatsächlich auf uns zukommen werden. Der entscheidende Punkt wird sein, was die Arbeitsgruppe erhebt und analysiert und nach Vorlage dieses Ergebnisses sollte ein Auftrag, in welcher Form auch immer erfolgen. Bürgermeister Lentsch gibt Fischbach grundsätzlich recht, aber bei der letzten Vorstandssitzung war nur das Anbot der Firma für Heizung-Lüftung-Sanitär da und wurde auch beauftragt. Jenes von Arch. Halbritter langte erst später ein und soll daher heute behandelt werden. Natürlich wurden in der Zwischenzeit Leistungen erbracht. Wenn im Gemeinderat eine andere Meinung vorherrscht und Halbritter keinen Auftrag bekommt, wird er künftig eben keine Leistungen mehr erbringen und wir stehen wieder am Start. GR Fischbach schlägt vor, diese Angelegenheit heute nicht zu beschließen und erst nach dem 1. Oktober, wenn alle klar sehen und um die genaue Situation der Gemeinde wissen, zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Nach einer Wortmeldung von Stadtkassier Keglovits, warum die SPÖ gedrängt hat, den Budgetansatz von € 1.000,- auf € 200.000,- zu erhöhen, kritisiert Vizebürgermeisterin Böhm, dass Keglovits nicht parteiisch agieren soll. Keglovits entgegnet, dass er lediglich Fakten aufzähle, welche mit einem politischen Einmischen nichts zu tun haben und ausschließlich in seiner Funktion als Stadtkassier erfolgen. GR Zitz kritisiert, dass bisher nie diskutiert wurde, ob saniert oder neu gebaut werden soll oder ob es gar zu einer Kombination von VS Tabor mit der Musikschule kommen könnte. Es werden keine Synergien geschaffen werden. Er besteht darauf, dass der Gemeinderat über alle Diskussionen in wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde, welche im Vorfeld vom Stadtrat bzw. irgendwelchen

Ausschüssen geführt werden, umfassend informiert wird. Es darf nicht sein, dass den Mitgliedern des Gemeinderates bei so wichtigen zukunftsorientierten Schritten nur kurzfristig Informationen zugehen. Es soll diskutiert und nicht willkürlich Entscheidungen getroffen werden. GR Kolar meint, dass für den Fall, dass eine dieser drei aufgezählten Varianten zum Tragen kommt, ebenfalls für alle Varianten Angebote eingeholt werden müssen, sei es nun die Sanierung der Volksschule Am Tabor, die Kombination mit der Musikschule oder ein Neubau der Volksschule. Dass dafür aber die entsprechenden Vorleistungen notwendig sind, muss auch jedem klar sein, denn diese Unterlagen sind Grundlage für jede weitere Diskussion. GR Fischbach stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt bis nach dem 1. Oktober zu vertagen. Das wäre insofern sinnvoll, als alle klarer sehen, welche Möglichkeiten der Gemeinde offen stehen. Nach einigen Zwischenrufen vertagt Bürgermeister Lentsch die Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt auf nach 1. Oktober.

Punkt 10)

Bericht – Volksschule Am Tabor

Bürgermeister Lentsch berichtet über die bisher erfolgten, dringend notwendig gewordenen Maßnahmen. Alle weiteren Berichte erübrigen sich jedoch nach den ausführlichen Diskussionen bei Tagesordnungspunkt 9)

Punkt 11)

Elektronische Amtstafel

Bürgermeister Lentsch verliest den Antrag der GRÜNEN, in welchem die Anregung für eine elektronische Amtstafel angeregt wird. Es sollen alle für die Bevölkerung wichtigen und interessanten Kundmachungen auch elektronisch verarbeitet und sichtbar gemacht werden. Diese Maßnahme soll als reines Bürgerservice dienen. Stadtrat Scheuer regt an, eventuell ein Passwort anzulegen, damit wirklich nur Neusiedler Bürger Zugriff darauf haben. Bürgermeister Lentsch will diesen Schritt prüfen lassen. Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von GR Fischbach der einstimmige Beschluss gefasst, in absehbarer Zeit eine so genannte „Elektronische Amtstafel“ für die Stadtgemeinde Neusiedl am See zu installieren. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämänn-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

Punkt 13)

Bericht des Bürgermeisters

Bedarfszuweisungen – Bürgermeister Lentsch teilt mit, dass von LH – Stv. Steindl eine Bedarfszuweisung in der Höhe von € 75.000,- an die Gemeinde überwiesen wurden.

Doppik in den Gemeinden – Es handelt sich dabei um ein Pilotprojekt für Burgenländische Gemeinde und soll im Jahr 2014 gestartet werden. Unsere Gemeinde nimmt daran mit einigen anderen Gemeinden des Burgenlandes teil und es geht dabei um eine Haushaltsreform der Gemeinden im Burgenland

Behindertenförderungsverein – Der Verein bedankt sich beim Bürgermeister und der Stadtgemeinde Neusiedl am See für die großartige Unterstützung im Rahmen des Basars am letzten Wochenende im August 2013.

Festakt Abwasserverband – Anlässlich des 20 – jährigen Bestehens des Abwasserverbandes Großraum Bruck/Leitha – Neusiedl am See wurde ein kleiner Festakt veranstaltet, in dessen Rahmen die Entwicklung für die Abwasserbeseitigung in der Region präsentiert wurde und speziell auf die Entlastung der Leitha und des Neusiedlersees hingewiesen wurde.

Punkt 14)

Allfälliges

GR Fischbach teilt mit, dass es zahlreiche Beschwerden von Eltern gibt, deren Kinder die Volks- bzw. Hauptschule und den Kindergarten im Kloster besuchen. Warum gibt es die Verzögerungen beim Bau und bis wann kann tatsächlich mit einem Baubeginn gerechnet werden. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass es bis heute keine Bewilligung gibt, da vermeintlich Unterlagen bei der Einreichung gefehlt haben, was aber nicht stimmt. Das Land erklärt, es will Fortschritte bei der Umsetzung des Sanierungs- bzw. Konsolidierungskonzeptes sehen. Für den Kindergarten ist ein Container bestellt worden, um die Raumnot lindern zu können. Der Kindergarten wird mit einem Provisorium wieder an die Fernwärme angeschlossen. Die Kosten dafür können noch nicht genannt werden. Der Kindergarten platzt aus allen Nähten und man ist versucht zu glauben, dass dieses Projekt bewusst verzögert wird. Stadtrat Scheuer fragt an, warum es immer wieder zu solchen Situationen kommen kann. GR Kast meint dazu, dass es sich hier um ein Politikum auf höherer Ebene handelt. Vizebürgermeisterin Böhm ersucht um Verlesung des Schreibens der Gemeindeabteilung vom 5. August, was vom Bürgermeister auch gemacht wird. Danach meldet sich Stadtrat Scheuer zu Wort und verleiht seinem Unmut darüber Ausdruck, dass der Bürgermeister zum wiederholten Male dem Gemeinderat wichtige Informationen des Landes vorenthält. Diese Situation sei schade aber auch unentschuldig. GR Fischbach meint, dass nach der GR – Sitzung vom Dezember 2012 mehr Sensibilität angebracht wäre im Sinne und Interesse der Gemeinde. Man sei mit viel zu wenig Nachdruck an die Sache heran gegangen. Stadtkassier Keglovits weist darauf hin, dass immer alle gewünschten Unterlagen an die Mitglieder des Gemeinderates ausgehändigt wurden. GR Zitz sieht in dieser Vorgangsweise fehlende Vertrauensbasis, wenn die Aufsichtsbehörde verlangt, Schriftstücke dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen und das geschieht einfach nicht, obwohl es sich um eine extrem wichtige Angelegenheit für die Gemeinde handelt. GR Fischbach sieht keinen Sinn in diesen ständigen Querelen. Es sollte lediglich der Sache selbst gedient werden. Es liegen bereits seit längerem Beschlüsse über eine Beauftragung vor, wann soll das eigentlich formal geschehen? Wann wird zu arbeiten begonnen? Stadtkassier Keglovits erklärt, dass am 19. August die gesamte Gruppe hier war und man sogar ohne Pause den ganzen Tag in dieser Angelegenheit durchgearbeitet. Der Ist – Zustand wird am 1. Oktober als Grundlage für weitere Schritte dienen. Bei diesem Workshop werden alle bisher vorgebrachten Wünsche und Anregungen einfließen. Dass es noch keine schriftliche Beauftragung gibt, ist eine rein formale Angelegenheit, aber die Gruppe arbeitet bereits seit längerem und hat auch mit dem Bürgermeister das gesamte Procedere abgestimmt. Die Anfrage von Vizebürgermeisterin Böhm, ab wann Mag. Pilz arbeitet, wird vom Bürgermeister damit beantwortet, dass seit Mai 2013 intensiv gearbeitet wird. GR Fischbach fragt ein weiteres Mal nach dem genauen Ablauf in der Angelegenheit Leasingvertrag Kindergarten und Bürgermeister Lentsch erklärt ihr im Detail die bisherigen Schritte, wonach sehr wohl etliche Male beim Land Anfragen über den Ablauf und Informationen über den Ist-Zustand erfolgten. Das Land teilte mit, dass

erst nach Vorlage der von allen beteiligten Parteien unterfertigten Verträge offiziell eingereicht werden kann. Die zur Ansicht übermittelten Unterlagen wurden vom Land jeweils als in Ordnung befunden.

Stadtrat Scheuer fragt wegen der Beleuchtung am Pappelweg an und wann dort was geschieht. Dazu bemerkt der Bürgermeister, dass mit Stadtrat Halbritter alles abgesprochen ist und dieser erklärt, dass die Zufahrt zu den Bauten der Alpenland Siedlungsgenossenschaft ursprünglich über ein Grundstück der Urbarialgemeinde hätte führen sollen, was letztlich aber gescheitert ist. Den Winterdienst hat die Gemeinde bisher freiwillig gemacht, obwohl es sich noch nicht im Öffentliches Gut handelt. Inzwischen wurde mit allen Beteiligten vereinbart, dass in absehbarer Zeit eine vernünftige, für alle zufrieden stellende Lösung erarbeitet wird. In Zukunft soll die Straße parallel zur Tennishalle und vorbei an der ehemaligen Kläranlage hin zum Schilfweg führen.

GR Fischbach fragt erneut an, bis wann mit dem Sitzungsplan für den Gemeinderat gerechnet werden kann und wie es mit den Sitzungsprotokollen aussieht. Es ist nämlich mühsam, wenn ein Protokoll länger nicht frei gegeben wird und daher die Zustellung die Gemeinderäte oft sehr spät erfolgt. Bürgermeister Lentsch verspricht, dass er sich der Sache selbst annehmen wird und nach dem 1.10. ein gemeinsames Gespräch initiieren wird.

Die Anfrage von Vizebürgermeisterin Böhm wegen einer Möglichkeit zum Aufstellen von Bänken im Friedhof wird damit beantwortet, dass man sich die Situation ansehen und dann eine Entscheidung treffen wird. Die letzte Anfrage wegen der Baumängel beim Kindergarten im Kloster beantwortet Bürgermeister Lentsch damit, dass diese von den Mitarbeitern des Bauhofes bereits behoben wurden.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird diese Sitzung des Gemeinderates um 21.15 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer